



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

18. Oktober 2018

AfD & andere Nazis +++ Hamburg ist »Seebrücke« +++ Altona 21 +++ Akelius-Geschäfte +++ G20-Ausschuss

Liebe Leserinnen und Leser,



Berlin, 13.10.2018 (CC-BY 4.0, unteilbar.org, Stephan Guerra)

nach einer längeren Sommerpause – und was für einen Sommer hatten wir! – melden wir uns mit dem neuen »BürgerInnenbrief« zurück. Allerlei ist in den vergangenen Wochen geschehen, was manchmal Befürchtungen wachsen lässt (von den Ereignissen in Chemnitz bis hin zu weiteren Belegen für den Auftrieb der rechtsten Kräfte weltweit), aber oftmals auch Anlass zu mutigen Blicken in die Zukunft gibt. Über 10.000 HamburgerInnen gegen die »Merkel-muss-weg«-Demo, gut 30.000 Menschen auf der antirassistischen Parade am 29. September in Hamburg, bis zu unglaublichen 242.000 auf der »Unteilbar«-Demonstration am 13. Oktober in Berlin ...

Wir selbst leben in der Überzeugung, manchmal auch in der begründeten Hoffnung, durch unsere Arbeit in der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN und über die Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen einen wichtigen Beitrag gegen Rechts und zur Demokratisierung der (Stadt-)Gesellschaft zu leisten. Exemplarisch mag das in dieser Ausgabe am längeren Abschlussbericht der Linksfraktion zum

G20-Sonderausschuss deutlich werden. Auch wenn dessen Ergebnisse dünn sind, so haben wir doch als einzige Fraktion Finger in die vielen Wunden des Demokratieabbaus und straflos gebliebener Polizeigewalt gelegt.

Nun freuen wir uns auf einen Herbst, der vielleicht weniger heiß wird als die letzten Monate, aber doch reichlich Spielraum für weitere Aktivitäten in den Sälen und auf den Straßen lässt, z.B. am 7. November gegen die mit den Nazis verbandelten Pegida-Rechten (www.keine-stimme-den-nazis.org/montags-gegen-nazis) oder jeden Freitag zwischen 17.00 und 18.00 Uhr bei einer Mahnwache, Motto: Konsum statt Gedenken? Niemals!«, vor dem Stadthaus (<https://hamburg.vvn-bda.de/?s=stadthaus>).

Für uns stehen allerdings auch die Mühen der Ebene an: die alle zwei Jahre laufenden Debatten zum Doppelhaushalt. Davon mehr in den kommenden »BürgerInnenbriefen«.

Herausgeberinnen und Redaktion

Abschied von Joachim Federwisch



Für die letzte Ausgabe des »BürgerInnenbriefes« hatte Joachim Federwisch noch einen Artikel geschrieben. Sein »Plädoyer für ein anderes Gesellschaftssystem«, sein Appell, »so schnell wie möglich über ein neues Gesellschaftsmodell« zu diskutieren, »ein System, in dem das Allgemeinwohl zur obersten Handlungsmaxime erklärt wird und das vor allem auch darauf ausgerichtet ist, im Einklang mit der Natur zu stehen«, liest sich wie ein Vermächtnis.

Joachim war jahrzehntelang in der politischen Erwachsenenbildung tätig, zuletzt, d.h. bis zu seiner Verrentung, als Geschäftsführer des Hamburger Bildungsträgers »Die Neue Gesellschaft«, zu deren Rettung er nach massiven Zuwendungskürzungen maßgeblich beigetragen hatte. Die SPD hatte er nach den von seiner Partei und den GRÜNEN verantworteten Hartz-IV-Politik verlassen und verstand sich seitdem als demokratischer Sozialist im besten Sinne. Sein freundliches Wesen, das Engagement in hunderten Seminaren und Veranstaltungen, seine kritischen Beiträge und Lesungen selbstverfasster Texte, in den letzten Jahren auch

für den »BürgerInnenbrief«, werden uns und vielen anderen Menschen in guter Erinnerung bleiben. Am 26. August 2018, gerade einmal 69jährig, ist Joachim verstorben.

Herausgeberinnen und Redaktion

Die AfD und andere Nazis

Von Nathalie Meyer



5.9.2018, MMW-Demo in Hamburg mit Dennis Augustin (AfD Südwest-Mecklenburg) (dpa)

Der Herbst steht vor der Tür. Damit kommen leider nicht nur kalte, regnerische Tage und nervtötende Laubbläser zurück, sondern auch die regelmäßigen Kundgebungen der rechten bis rechtsextremen Szene unter dem Tenor »Merkel muss weg« in der hamburgischen Innenstadt.

Im Februar 2016 hatten sich erstmals um die 50 TeilnehmerInnen zu diesem Motto am Jungfernstieg versammelt und demonstrierten dann jeden Montag, zunächst am Gänsemarkt, später am Bahnhof Dammtor und schließlich am Hauptbahnhof. Gegen die dort verbreitete menschenverachtenden Ideo-

logie bildete sich ein breites gesellschaftliches Bündnis und es stellten sich regelmäßig einige hundert Menschen den Nazis entgegen. Anfang Mai beendeten die OrganisatorInnen der Merkel-muss-weg-Demos (im Folgenden MMW) den Spuk, indem sie eine Sommerpause ankündigten.

Gemeinsam mit anderen abscheulichen Begleiterscheinungen des Sommerendes sind nun auch die MMW-Kundgebungen zurück – nun nicht mehr jeden Montag, sondern jeden ersten Mittwoch im Monat. Während im Frühjahr noch zur Wahrung einer bürgerlichen Fassade vermeintlich unorganisierte »besorgte Bürger« für die Anmeldung vorgeschoben wurden, treten nun die Drahtzieher rund um Thomas Gardlo offen als OrganisatorInnen in Erscheinung. Gardlo bewegte sich in der Vergangenheit im Umfeld der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) und später der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP).¹ Sein Engagement in den rechts-extremistischen, später verbotenen Organisationen war für Roland Schill kein Problem – im Gegenteil: Während seiner Zeit als Innensenator beschäftigte er Gardlo und dessen Bruder als seine Personenschützer. Heute bewegt sich Gardlo in der rechten Kampfsport- und Türsteherszene und ist nach wie vor bestens vernetzt mit der rechtsextremen Szene.

Doch auch seine Vernetzung zum institutionellen Politikbetrieb scheint ungebrochen. So bestehen Verbindungen zwischen den MMW-Demos und der AfD. Zum Beispiel hielt auf der MMW-Kundgebung am 5. September der Landesvorsitzende der AfD Mecklenburg-Vorpommern, Dennis Augustin, einen Redebeitrag. Wie das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« (HgR) mitteilte, sind auch andere Mitglieder und Funktionäre der AfD mit den MMW-Demos verstrickt.² So war etwa Jens Eckleben, AfD-Mitglied in der Bezirksversammlung Nord und Mitarbeiter der AfD im Bundestag, Mitglied der Facebookgruppe der MMW-Demo in Hamburg, genauso wie Stefan Waegner, Datenschutzbeauftragter der AfD Wandsbek. Auch Dirk Nockemann, Bürgerschaftsabgeordneter der AfD, war mit Protagonisten der MMW-Demos auf Facebook »befreundet«.

Selbst das Landesamt für Verfassungsschutz griff diese Verbindungen auf und warnte überdies davor, dass es sich bei den Organisatoren der MMW-Kundgebungen um Rechts-extremistInnen handele. Die AfD-Bürgerschaftsfraktion dementierte hingegen, wies die Vorwürfe als bloße Behauptungen zurück und kritisierte die Arbeit des Geheimdienstes. Im selben Zeitraum – während der Hochphase der Auseinandersetzung um die Äußerungen des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, zu den rassistischen Übergriffen in Chemnitz – machte das HgR öffentlich, dass auch der ehemalige Chef des hamburgischen Landesamtes für Verfassungsschutz und Heino Vahldieck der Facebookgruppe der MMW-Demos angehören.³

Ende September sorgte die AfD wieder für Schlagzeilen, denn dem Vorsitzenden der AfD-Bürgerschaftsfraktion Jörn Kruse wurde es zu bunt bzw. zu braun: Er könne die Zusammenarbeit mit Nazis, insbesondere den Schulterchluss zahlreicher AfD-Funktionäre mit dem rechten Mob in Chemnitz, nicht länger tolerieren und entschied sich daher zum Partei-



Protest gegen MMW (Foto: Christiane Schneider)

austritt. Zukünftig wird er der Hamburgischen Bürgerschaft als fraktionsloser Abgeordneter angehören.

Wer hofft, dass der Austritt Kruses eine erste Zerfallerscheinung der AfD ist, wird vermutlich eines Besseren belehrt werden, denn er ist vielmehr der Beleg und zugleich Katalysator für die zunehmend unverhohlene Orientierung der AfD an der (extremen) Rechten.

Diese wird sich auch weiter auf der Straße tummeln, denn noch halten die OrganisatorInnen der MMW-Demos daran fest, jeden ersten Mittwoch eines Monats ihren Hass zu verbreiten. Bei der Kundgebung nach der Sommerpause am 5. September stellten sich den 178 TeilnehmerInnen der rechten Kundgebung über 10.000 GegendemonstrantInnen entgegen. Es liegt an uns allen, der rechten Hetze auch in Zukunft nicht die Straße zu überlassen. Ankündigungen zu Gegenaktivitäten sowie weitere interessante Informationen sind auf www.keine-stimme-den-nazis.org/ zu finden.

¹ Vgl. <https://exif-recherche.org/?p=577> mit einem fundierten Überblick über die »Identitäre Bewegung« in Norddeutschland.

² Vgl. die Pressemitteilung des HgBR vom 5.9.2018, <https://www.keine-stimme-den-nazis.org/ueber-uns/pressemitteilungen/11-pressemitteilungen/6928-welche-afdler-machten-mit-bei-merkel-muss-weg>.

³ Vgl. www.keine-stimme-den-nazis.org/ueber-uns/pressemitteilungen/11-pressemitteilungen/6936-ehemaliger-geheimdienstchef-und-innensenator-bei-merkel-muss-weg.

Hamburg ist jetzt auch »Seebrücke«

Von Christiane Schneider



Seebrücken-Demo in Hamburg, 2.9.2018 (Foto: Christiane Schneider)

Seit Mitte Juni haben die italienische Regierung und ihr neofaschistischer Außenminister Matteo Salvini die italienischen Häfen – unter Verstoß gegen das Völkerrecht – für Schiffe mit aus Seenot geretteten Geflüchteten gesperrt. Vor allem die privaten Rettungsschiffe von NGOs werden behindert, ihre Besatzungen sind von Kriminalisierung bedroht. Die Folgen sind dramatisch. Obwohl die meisten Geflüchteten die Route nach Italien schon länger meiden und stattdessen nach Spanien auszuweichen versuchen, bleibt die Zahl derer, die im zentralen Mittelmeer den Tod finden, erschreckend hoch. Aufgrund der Sperrung der Häfen waren zeitweise alle NGO-Rettungsschiffe aus dem zentralen Mittelmeer verdrängt worden. Derzeit ist die »Aquarius«, die seit 2016 mehr als 30.000 Menschen vor dem Tod rettete, noch das einzige private Rettungsschiff dort. Immer wieder wird berichtet, dass Handelsschiffe an in Seenot geratenen Schiffen vorbeifahren, weil sie fürchten, mit Geflüchteten an Bord keine italienischen Häfen anlaufen zu können.

Eine große Verantwortung für die Katastrophe trägt die EU. Nicht nur, weil sie sich bisher unfähig zeigte, eine humanitäre Lösung für die Aufnahme und Verteilung Geretteter zu entwickeln. Seit langem entziehen sich Kernländer der EU ihrer Verantwortung für die Geflüchteten, die Europa vor allem in Italien, Malta, Griechenland und Spanien erreichen und dann, wenn es ihnen gelingt weiterzureisen, aufgrund der Dublin-III-Verordnung dorthin zurückgeschoben werden. Diese Verordnung erhöht den Druck auf die EU-Außenstaaten, die darauf mit der Verschärfung ihrer Abwehrmaßnahmen an den Außengrenzen reagieren.

Aber es gibt, und das ist die gute Nachricht, viele Kräfte in der EU, die nicht ertragen, dass man Menschen mutwillig ertrinken lässt. Die Bürgermeister der süditalienischen Ha-

fenstädte erklärten sich in einer konzertierten Aktion bereit zur Öffnung der Häfen. Stellvertretend sei hier Renato Accorinti, Bürgermeister von Messina, zitiert: »Wir dürfen die universellen Menschenrechte und die Gesetze der Seefahrt nicht aus dem Auge verlieren, in denen der Mensch unabhängig von der Hautfarbe und dem Herkunftsland unantastbar ist (...) eine entmenslichende Politik beantworten wir mit einer Politik der Rechte und der Werte der Menschen.« Allerdings untersteht die Rettungsleitstelle in Rom, die alleine die Schiffe anweisen kann, welchen Hafen sie anzulaufen haben, der Zentralregierung.

Unterstützt werden die Hafenstädte in ihrem Widerstand auch von Bürgermeistern anderer italienischer Städte; in Mailand, Turin, Livorno und anderswo kam es zu großen Demonstrationen gegen die italienische Regierung und ihre Politik des Ertrinken-Lassens. Von Barcelona ausgehend entwickelt sich das länderübergreifende Netzwerk »Solidarische Städte« mit jeweils konkreten Programmen für die Aufnahme von Geflüchteten und mit dem gemeinsamen Ziel, den Stillstand der EU aufzubrechen und legale Fluchtwege nach Europa zu schaffen. Rot-Rot-Grün in Berlin hat beschlossen, diesem Netzwerk beizutreten.

Diese europäische Bewegung »von unten« ist auch in Deutschland angekommen. Zehntausende demonstrierten in den letzten Wochen im Zeichen von »Seebrücke«. Allein in Hamburg waren am 2. September über 16.000 Menschen auf der Straße, Ausdruck einer starken zivilgesellschaftlichen Bewegung, die von einem breiten Bündnis von Sportvereinen bis zu den Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, von politischen Organisationen bis zu Initiativen von Geflüchteten und der Geflüchteten-solidarität getragen wird. Parallel dazu entwickelt sich eine Bewegung von Städten und Gemeinden,



Unter den 16.000 Demonstrierenden sind auch viele, die in Hamburg Zuflucht gefunden haben (C. Schneider)

die ihre Bereitschaft erklären, aus Seenot Gerettete aufzunehmen, und einen entsprechenden Appell an den zuständigen Bundesinnenminister richten. Erst Köln, Düsseldorf, Bonn im Westen, kurz darauf Wuppertal, Potsdam und dann immer mehr, auch die Hafenstädte Bremen und Rostock, und am 26. September endlich auch Hamburg. Die SPD konnte ihre Politik der Verweigerung angesichts der Großdemonstration und angesichts des Drucks, den die deutliche Positionierung beider christlichen Kirchen sowie der Wohlfahrtsverbände ausübten, nicht länger aufrechterhalten. Der ursprüngliche Antrag der Linksfraktion wurde zwar abgelehnt, ein ähnlicher »Zusatzantrag« von SPD und Grünen dann aber, auch mit den Stimmen der Linken und der FDP, angenommen.

Welche Kraft diese Bewegung entwickeln kann, muss sich noch zeigen. Aber sie ist spannend, denn sie setzt potenziell nicht nur die Bundesregierung unter Handlungsdruck, sondern auch die EU und ihre Institutionen. Sie ist, wenigstens im Ansatz, länderübergreifend. Und sie macht deutlich, dass es immer noch starke Kräfte der Solidarität in den Stadtge-

sellschaften gibt, also dort, wo die Aufnahme der Geflüchteten stattfindet und wo die weiteren damit verbundenen Aufgaben der Integration geleistet werden müssen.

Nachtrag: Der Artikel stammt von Ende September. Inzwischen liegt die »Aquarius«, nachdem sie 58 aus Seenot Gerettete in Malta an Land bringen konnte, in Marseille fest auf der Suche nach einer neuen Flagge. »Seawatch« hat ein neues Schiff vor die libysche Küste entsandt. Unterdessen hat ein von einer italienischen NGO betriebenes und unter italienischer Flagge (und der Flagge von Palermo) fahrendes Schiff die Seenotrettung im zentralen Mittelmeer aufgenommen. Das dürfte es für Salvini schwerer machen, dem Schiff das Anlaufen italienischer Häfen zu verbieten. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ist die Todesrate bei der Flucht über das Mittelmeer so hoch wie nie zuvor. 19 von 100 Geflüchteten ertrinken seit Jahresanfang bei dem Versuch, Europa über das Mittelmeer zu erreichen.

Messen wir den Senat vor diesem Hintergrund umso stärker an seinen eigenen Aussagen und Versprechungen!

Stadtstaaten bleiben sichere Häfen für Flüchtlinge

Gemeinsame Erklärung der Bürgermeister von Berlin, Bremen und Hamburg zur Seenotrettung vom 26. September 2018

»Viele Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, riskieren ihr Leben, indem sie gefährliche Routen über das Meer nehmen. Es ist unsere gemeinsame humanitäre Pflicht, alles zu tun, um Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren, Flüchtlingsschiffe in sichere Häfen zu bringen und Flüchtlinge nach den Regeln des europäischen und nationalen Asylrechts in Europa aufzunehmen.

Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sind in den letzten Jahren zu sicheren Häfen für über 150.000 Flüchtlinge geworden, die wir mit großer Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen, versorgen und integrieren. Wir werden uns weiterhin engagiert an der Versorgung und Integration von Flüchtlingen beteiligen, die nach den Abkommen und Vereinbarungen der Bundesregierung mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Deutschland aufgenommen werden.«

Peter Tschentscher, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin

Carsten Sieling, Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Altona 21 – es geht um den Kopf

Von Heike Sudmann



<http://prellbockaltona.de/>

Es läuft zurzeit in Hamburg nicht gut für die Deutsche Bahn Aktiengesellschaft (DB AG). Seit 1990 betreibt sie Planungen für eine Verlegung des Kopfbahnhofs Altona mit seinen Regional- und Fernzügen. Das Planfeststellungsverfahren für einen neuen Durchgangsbahnhof am Diebsteich, der einige Kilometer vom jetzigen Bahnhof entfernt liegt, endete im Dezember 2017. Gegen den Planfeststellungsbeschluss hatte u.a. der VCD (Verkehrsclub Deutschland) eine Klage sowie einen Eilantrag eingereicht. Im August 2018 hat nun das Obergericht (OVG) Hamburg dem Eilantrag des VCD stattgegeben.¹ Damit müssen alle vorbereitenden Arbeiten für den neuen Bahnhof gestoppt werden.

OVG stoppt Arbeiten für Bahnstufenverlegung

Ausschlaggebend für diese Gerichtsentscheidung ist der Wegfall der Verladeeinrichtung für Autoreisezüge in Altona. »Der Planfeststellungsbeschluss sieht keinen gleichwertigen Ersatz vor und stellt einen rechtzeitigen Ersatz auch weder zeitlich noch inhaltlich sicher. (...) Davon abgesehen kann ohne Kenntnis des künftigen Standorts einer neuen Verladeeinrichtung für Autoreisezüge die der Planung zugrunde liegende Variantenabschätzung (zugunsten einer Ersetzung des Kopfbahnhofs) nicht sachgerecht vorgenommen werden.« Diese Ohrfeige sitzt. Weitere könnten folgen, denn das Gericht kündigte an, die anderen vom VCD angesprochenen Fragen zur Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses im sogenannten Hauptsacheverfahren zu prüfen. Wann dieses Verfahren stattfinden wird, ist noch nicht bekannt.

Mitten im Leben oder am Rand: Vergleich der Standorte

Der Bahnhof Altona gehört zu den 20 größten Bahnhöfen in Deutschland, die von der DB als Fernverkehrsknoten in die Kategorie 1 eingestuft werden. Alle Gleise des Fern- und Regionalbahnhofs sind ebenerdig und somit barriere-

frei zu erreichen. 130.000 Reisende frequentieren den Bahnhof täglich, die meisten – ca. 117.000 – nutzen eine der fünf S-Bahn-Linien (S 1, S 11, S 3, S 31 und S 2). Wie viele Reisende den Fern- und Regionalverkehr nutzen, kann oder will die DB nicht sagen. Die Busanlage am Bahnhof Altona verzeichnet täglich 57.200 Fahrgäste, davon 31.900 UmsteigerInnen zwischen allen vorhandenen Bus- und Bahnlinien.

In einem Umkreis von einem Kilometer befinden sich nach einer Auswertung der Initiative »Prellbock Altona – Unser Bahnhof bleibt, wo er ist«, gut 2.600 Betriebe. Geschäfte, ÄrztInnen, DienstleisterInnen, Start-up, Gewerbe, Handwerk – alles ist dabei. Der Bahnhof Altona liegt also mitten im Leben. Im direkten Einzugsbereich wohnen 50.000, im mittelbaren Umfeld sind es insgesamt rund 100.000 Menschen, die zu Fuß oder mit dem Rad den Bahnhof bequem erreichen können. Viele PendlerInnen aus dem Regionalverkehr wie auch Fernreisende haben ihren Ziel- oder Startpunkt in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Altona bzw. ein paar Busstationen entfernt.

An der heutigen S-Bahn-Haltestelle Diebsteich, wo der neue Bahnhof entstehen soll, sieht die Welt komplett anders aus. In fußläufiger Entfernung leben dort lediglich ca. 5.000 Menschen. Ein großer Friedhof, Kleingärten sowie ein Industrie- und Gewerbegebiet grenzen an den geplanten Bahnhof. Restaurants und Einzelhandelsgeschäfte sind rar. Derzeit gibt es dort zwei S-Bahn-Linien (S 3 und S 21) sowie eine Buslinie. Ob und welche weiteren Verbindungen kommen (S 4-neu, neue S 32, mehr Buslinien), steht noch nicht fest. Sechs Fern- und Regionalgleise sollen neben den zwei vorhandenen S-Bahn-Gleisen errichtet werden. Alle Gleise sind nur über Treppen oder Aufzüge zu erreichen. Eine Autoverladung wird es nicht

¹ <https://justiz.hamburg.de/aktuellepresseerklarungen/11545668/pressemitteilung/>.

geben. »Die DB AG erwartet durchschnittlich 20.400 Fahrgäste (Fernbahn, Regionalbahn, S-Bahn), davon 13.000 Umsteiger (zwischen Fernbahn, Regionalbahn, S-Bahn und Bus) und 6.600 Ein- und Aussteiger.«² Ein späterer Ausbau des neuen Bahnhofs, der weit weniger Gleise als der Kopfbahnhof hat, ist nicht vorgesehen und platzbedingt auch schwerlich möglich.

Der Kopfbahnhof muss weg?

Der Kopfbahnhof Altona sei nicht effizient, weil hier wichtige (Fahr-)Zeit verloren gehe und Verspätungen oder Engpässe an anderer Stelle entstünden, so die DB. Unabhängige BahnexpertInnen zeichnen ein ganz anderes Bild: Gerade die Engpässe am Hauptbahnhof und die dortigen Verspätungen können für den Verkehr aus und in Richtung Norden am Kopfbahnhof Altona gut aufgefangen werden.

Ein wichtiges Argument in der Diskussion war lange Zeit die Entlastung des völlig überlaufenen Hamburger Hauptbahnhofs. Mittlerweile geben auch die DB und der Hamburger Senat zu, dass der geplante Durchgangsbahnhof zu keiner Entlastung führen werde. Die GegnerInnen des Durchgangsbahnhofs befürchten gar eine zusätzliche Belastung durch die Fahrgäste aus dem Hamburger Westen, die sich den dann erforderlichen Umweg über Diebsteich sparen und stattdessen direkt im Hauptbahnhof in die Fernbahn einsteigen.

Die Variante einer Sanierung des jetzigen Bahnhofs Altona wurde angeblich von der DB geprüft. Gutachten hierzu wurden bis heute nicht veröffentlicht. Die Variantenabschätzung ist nicht nur für das OVG, sondern auch für die interessierte Öffentlichkeit sehr wichtig.

Grundstücksgeschäfte und Wohnungsbau

14 Hektar Bahngelände sollen durch die Verlegung des Fern- und Regionalbahnhofs Altona frei werden. Für 40 Mio. € kauft die Stadt Hamburg diese Grundstücke von der Bahn. Weshalb die Stadt dafür zahlen muss, bleibt ein Rätsel. Denn

Ende des 19. Jahrhunderts hat die damals selbständige Stadt Altona der Bahn diese Flächen kostenlos zur Verfügung gestellt, um die öffentliche Beförderung von Personen und Gütern zu gewährleisten. Jetzt kauft die öffentliche Hand quasi ihre eigenen Grundstücke zurück und darf zu allem Überfluss auch noch den Rückbau der Gleisanlagen und die Bodensanierung bezahlen.

Auf den Bahnflächen will die Stadt 1.900 Wohnungen bauen, was nur möglich sei, wenn das extrem laute, fast 100 Jahre alte Bahnviadukt für die Ferngleise durch die Verlegung des Bahnhofs überflüssig werde. Die Alternative, die Ferngleisverbindung zu sanieren und am Rande des geplanten Wohngebietes neben den S-Bahn-Gleisen verlaufen zu lassen, wird von der Stadt mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. Umso lautstärker wird den GegnerInnen der Verlegung des Fernbahnhofs vorgeworfen, sie würden den Wohnungsbau verhindern. Dass eine Verlegung der Gleise schneller gehen würde als ein Bahnhofsneubau und damit der Wohnungsbau sogar eher starten könnte, wird dabei geflissentlich ignoriert.

Der Kampf für den Kopfbahnhof geht weiter

Das fehlerhafte und undurchsichtige Planfeststellungsverfahren zur Verlegung des Fern- und Regionalbahnhofs wurde durch das Obergerverwaltungsgericht Hamburg vorläufig gestoppt. Für die DB und die Stadt Hamburg wächst das Risiko einer Niederlage im Hauptverfahren vor dem OVG. Der Bund der Steuerzahler warnt bereits vor Kostensteigerungen durch die Verzögerung der weiteren Planung. Spätestens jetzt muss die DB umdenken und eine Neuplanung mit Erhalt des jetzigen Kopfbahnhofs Altonas starten. Die Initiative »Prellbock Altona« und kritische StadtplanerInnen haben die Vorarbeit dafür bereits geleistet.

² Bürgerschaftsdrucksache 21/9926, S. 3. <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/53662>.

Tipps und Termine

Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS) ist immer wieder für die eine oder andere publizistische Überraschung gut. Neu auf den Markt gekommen sind in jüngster Zeit beispielsweise **Broschüren** wie die über »DIE LINKE und die Bundestagswahl 2017 in Hamburg« (<https://hamburg.rosalux.de/publikation/id/39163/die-linke-und-die-bundestagswahl-2017-in-hamburg/>) oder ein **Dossier** zum Thema »Muss Wohnen immer teurer werden?« (www.rosalux.de/publikation/id/37487/muss-wohnen-immer-teurer-werden/). Historisch interessierte Menschen werden sich an diesem frisch erschienenen Werk erfreuen können: »Emanzipation und Enttäuschung. Perspektiven auf die Novemberrevolution 1918/19« (www.rosalux.de/publikation/id/39298/emanzipation-und-enttaeuschung/). Kurz, es lohnt sich, ab und an mal auf die RLS-Seiten zu gucken.

Auch die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen bringt regelmäßig neue Publikationen heraus. Soeben erschien Band 14 der Reihe »Stadtwerkstatt«, eine 24seitige **Broschüre**, in der es um **Neues Wohnen in**



Hamburg geht, auch um die Zielsetzung **Gut und bezahlbar Wohnungen bauen**. Dokumentiert werden darin die Reden und Ergebnisse einer entsprechenden Tagung vom 29. November 2017. Zu finden ist es hier: www.hamburg.de/content-blob/11596842/89c29e696f599ef064e99bc553f8e68b/data/d-broschuere-sws-14.pdf.



Wer sich einen Eindruck von der innerparteilichen Debatte der LINKEN machen möchte, wäre beim monatlichen Studium der meist 32 Seiten starken **DISPUT** gerade richtig. Die Oktoberausgabe dieser **Mitgliederzeitschrift der LINKEN** beschäftigt sich übrigens auch mit dem Thema **Bezahlbare Miete statt fetter Rendite**. Herunterzuladen ist sie hier: www.die-linke.de/fileadmin/download/disput/2018/disput_oktober2018.pdf



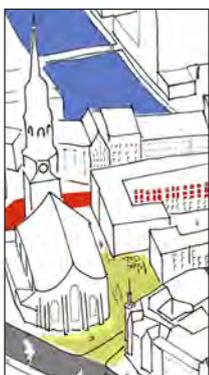
Über **200 WissenschaftlerInnen** haben Ende September in der »sub/urban. Zeitschrift für kritische stadtforschung« einen Artikel unterzeichnet und veröffentlicht, in dem sie nachhaltig für den Erhalt und den Ausbau des Baus von Sozialwohnungen plädiert haben. Dem vorausgegangen war die Verbreitung einer völlig abwegigen Position aus dem Bundeswirtschaftsministerium, wonach öffentlich geförderte Wohnungen teuer und ineffektiv seien. Das Dokument trägt den Titel **Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik** und argumentiert für den »Schutz der Bestandsmieten, Gemeinnützigkeit und Demokratisierung«, siehe unter: <http://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/411/585>.



Fast unglaubliche **1,48 Mio. Übernachtungen** hatte die Stadt Hamburg **alleine im August 2018**, so viele TouristInnen und Geschäftsleute in einem Monat wie niemals zuvor. Für das gesamte Jahr 2018 wird laut NDR-Meldung vom 15. Oktober mit einer erneuten Rekordzahl von 14 Mio. Touris gerechnet, ein Zuwachs von wiederum drei bis vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zu den bestehenden 66.000 Hotelbetten sollen bis Ende 2019 noch einmal mehr als 5.500 dazu kommen. Auch wenn mit dem Tourismus angeblich eine »Wertschöpfung« von 8 Mrd. Euro erfolgt und 88.000 Arbeitsplätze damit verbunden sind, belasten diese Dimensionen zunehmend vor allem die innenstadtnahen Quartiere.

Am **26. Mai 2019** werden **Hamburgs sieben Bezirksversammlungen neu gewählt**. Für die Entwicklung in den verschiedenen Stadtteilen ein bedeutsames Ereignis, denn die Mehrheiten in den Bezirksversammlung entscheiden maßgeblich mit über die Ausrichtung z.B. der Wohnungspolitik. Der Bezirksverband Hamburg-Mitte der LINKEN hat nun eine **Sonderausgabe** seiner Monatszeitung **MitteNmang** herausgegeben, der wichtige Aspekte zur Wahl und der Arbeit auf Bezirksebene zu entnehmen sind. Und natürlich geht es dabei auch um Erfahrungen und Empfehlungen der LINKEN. Zu finden ist die zwölfseitige Ausgabe hier: www.die-linke-hamburg-mitte.de/uploads/media/MitteNmang_18BV.pdf.

Das Altonaer Manifest, der Zusammenschluss für eine sozial gerechte Stadtentwicklung, sieht sich dem **Aufbruch für kommunale Rechte im Bezirk!** verpflichtet und möchte den **Bürgerwillen verbindlich machen**. Das AnwohnerInnenbündnis diskutiert mit Engagierten und Interessierten am **Donnerstag, den 18. Oktober**, ab 18.00 Uhr im Kollegiensaal des Altonaer Rathauses (Platz der Republik 1).



Um **Stadtumbau jetzt!**, konkret um eine bessere, bewohnbarere **Altstadt für Alle!**, geht es auf einer Veranstaltung der Patriotischen Gesellschaft am **Donnerstag/Freitag, den 18./19. Oktober**, im Haus der Patrioten (Trostbrücke 6). Am 18. Oktober, 19.00 Uhr, wird mit einer öffentlichen Diskussion zum Stadtumbau begonnen. Gäste sind u.a. Oberbaudirektor Franz-Josef Höing, Julia Erdmann und Prof. Christiane Sörensen, die über Hamburg und andere Städte berichten. Am 19. Oktober, folgt ab 13.30 Uhr eine Ideenwerkstatt mit thematischen Rundgängen und Workshops. Infos/Anmeldung unter www.altstadt fuer alle.de.

Die Zeit-Stiftung nimmt sich einmal mehr den **G20-Gipfel** vor und unternimmt am **Sonntag, den 21. Oktober**, um 18.00 Uhr im Helmut Schmidt Auditorium der Bucerius Law School **Erklärungsversuche zu einer Eskalation**. Protest- und GewaltforscherInnen stellen die Ergebnisse ihres Forschungsprojekts Mapping#NoG20 vor, und zwar Dr. Fabian Frenzel (University of Leicester) und Dr. Simon Teune (Institut für Protest- und Bewegungsforschung Berlin). Im Anschluss diskutieren der Politikwissenschaftler Dr. Wolfgang Kraushaar, der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und seinerzeitige G20-Koordinator Wolfgang Schmidt, Dr. Simon Teune und Christiane Schneider, moderiert von der NDR-Journalistin Djamila Benkhelouf. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung über www.zeit-stiftung.de/anmeldung/zeit-stiftung-aktuell vonnöten.



Die Gewerkschaft ver.di und die ver.di-Jugend laden ein zu einer Veranstaltung unter der Überschrift **Nach dem NSU-Urteil: Mehr Fragen als Antworten?** Ein fünf Jahre währender Gerichtsprozess, etliche Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und vor allem Länderebene und ein Urteil, dass das rechtsextremistische Netzwerk und andere Verantwortliche für die Morde verschleierte, all das wird auf dem Informations- und Gesprächsabend am **Dienstag, den 23. Oktober**, um 18.00 Uhr im Jugendraum des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 60) zu verhandeln sein. PodiumsteilnehmerInnen sind Katharina König-Preuss (Mitglied des Thüringer Landtages und des dortigen NSU-Untersuchungsausschusses), Axel Hoffmann (Nebenklage-Anwalt) sowie Christiane Schneider (Fachsprecherin für Antifaschismus der hamburgischen Linksfraktion).



Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt für **Mittwoch, den 24. Oktober** unter der Überschrift **Die neue Rechte – Herausforderung für die Demokratie** um 19.00 Uhr im Bach-Saal des Gemeindehauses St. Michaelis (Englische Planke 1) zu einem Vortrag des Historikers und Publizisten Dr. Volker Weiß. In der gleichzeitig präsentierten Ausstellung zum Thema »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« wird über das Erscheinungsbild und Gefahrenpotenzial der Rechten aufgeklärt. Der Eintritt ist frei, um Anmeldung wird gebeten: hamburg@fes.de.

Um den **Ausverkauf der europäischen Stadt**, den »aufgeheizten« Immobilienmarkt, die Privatisierung und die urbane und historische Bausubstanz, kurz: um **Tafelsilber & Betongold** geht es auf einer Veranstaltung des Denkmalrates und des Denkmalvereins Hamburg. Sie findet am **Donnerstag, den 25. Oktober**, um 18.00 Uhr im Reimarus-Saal der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 6) statt. Prof. Dr. Marieke C. Kuipers (TU Delft) wird zunächst über »Versteckte Kronjuwelen unter Amsterdams Immobilien« sprechen, Dr. Levente Polyak (Europian, Ungarn/Italien) über »Old Buildings in the Service of Communities«. Um 19.00 Uhr folgt eine Diskussion mit Dr. Sebastian Binger (Geschäftsführer BID bei der Firma Otto Wulff) und Dr. Andrea Pufke (Landeskonservatorin Rheinland). Die Moderation obliegt Elinor Schües vom Denkmalrat (1. Teil) und Catarina Felixmüller (2. Teil). Um Anmeldung wird gebeten: info@patriotische-gesellschaft.de.

Am **Donnerstag, den 25. Oktober**, steht **Die ewige Kopftuchdebatte. Unterdrückung versus Emanzipation** auf der Tagesordnung. Dem Helmut-Schmidt-Gymnasium in Wilhelmsburg ist es gelungen, ein prominentes Podium zu besetzen. Von 18.00 bis 20.30 Uhr werden in der Aula des Bildungszentrums Tor zur Welt (Krieterstraße 2d) miteinander diskutieren: die Bürgerschafts-abgeordneten Dr. Birgit Stöver (CDU), Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (FDP), Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE), Christiane Schneider (LINKE) und Kazim Abaci (SPD), hinzu kommen die Publizistin Lamya Kaddor, die Juristin Shino Ibold, die Linguistin Dr. Reyhan Sahin, Özlem Nas (Schura Hamburg), Suhaib R. Hoffmann (Unterschriftenaktion CONTRA Kopftuchverbot), Ali Ertan Toprak (Unterschriftenaktion PRO Kopftuchverbot). Mehr unter <https://halimah.jimdo.com/podiumsdiskussion/>.



Ebenfalls am **Donnerstag, den 25. Oktober**, um 18.30 Uhr, erblickt ein **neues Archiv im alternativen Münzviertel** das Licht der Welt. Der Stadtteilrecke Günter Westphal hat dafür seine Bestände neu sortiert und stellt sie nun der Öffentlichkeit zur Verfügung. Träger des Archivs ist der erst im August 2018 neu gegründete Quartiersverein »Münzviertel vernetzt e.V.«.

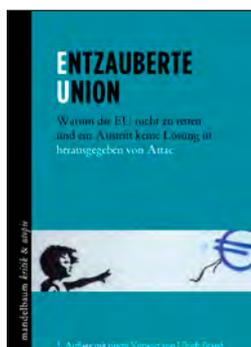


Untergekommen sind Verein und Archiv im Dachgeschoss der ehemaligen Volksschule für Mädchen (Rosenallee 11), woselbst auch die Archiv-Eröffnungsparty steigt.



Für das Frühjahr, voraussichtlich im März 2019, bereitet die hamburgische Recht-auf-Stadt-Bewegung eine **Konferenz der Stadtteile** vor. Interessierte aus den Quartieren treffen sich am **Samstag, den 27. Oktober**, von 12.00 bis etwa 16.00 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2) zu einem weiteren **Vorbereitungs-Workshop**.

Das Wohnen an lauten Straßen und der Fluglärm machen Menschen krank. Vor diesem Hintergrund könnte eine Veranstaltung interessant sein, die am **Donnerstag, den 1. November**, um 18.30 Uhr, in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Beim Schlump 83) stattfindet. An diesem Abend referiert Hannah Ahlheim, Professorin für Zeitgeschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen, über das Thema **Ruhender Körper, träumende Seele. Eine Geschichte des Schlafs im 20. Jahrhundert**. Mehr unter www.zeitgeschichte-hamburg.de.



Die **Entzauberte Union** und **Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist** steht im Fokus einer Veranstaltung der globalisierungskritischen Vereinigung Attac am **Donnerstag, den 1. November**, um 19.00 Uhr, in der Zinnschmelze (Maurienstraße 19). Es referiert Lisa Mittendrein (Attac Österreich), Mitautorin des Buches »Entzauberte Union«. Mehr dazu hier: www.attac-netzwerk.de/hamburg/termine/eventansicht/cal/event//view-list%7Cpage_id-948/tx_cal_phpicalendar//Entzauberte_Union/?tx_cal_controller%5Byear%5D=2018&tx_cal_controller%5Bmonth%5D=11&tx_cal_controller%5Bday%5D=01&cHash=66bc7b0007c8161be7f6d29bb3498bb3.

Die für Interessierte offene **Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Wohnen der Hamburger LINKEN** trifft sich einmal im Monat, um wohnungspolitische Themen zu beraten und Erfahrungen aus den Stadtteilen und Bezirken auszutauschen. Die nächste Zusammenkunft findet am **Freitag, den 2. November**, um 16.30 Uhr auf Einladung der Bürgerschaftsabgeordneten Heike Sudmann im Fraktionsbüro in der Lilienstraße 15 statt. Das Thema des Spätnachmittags: die **Sozialen Erhaltungsverordnungen**.

Gerade ist der 20. Geburtstag der hamburgischen Volksgesetzgebung gefeiert worden, jetzt laden der **Zukunftsrat Hamburg** und der **Verein Mehr Demokratie Hamburg** zum 62. (!) Ratstreffen ein. Am **Dienstag, den 6. November**, wird um 18.00 Uhr im Rudolf-Steiner-Haus (Mittelweg 11-12) über den wunderbaren Slogan **Mehr Bürgerdemokratie wagen!** debattiert. Eine Zustandsanalyse in Sachen Partizipation wird geliefert von der Journalistin Dr. Ute Scheub, Professor Dr. Mohssen Massarrat (ehem. Universität Osnabrück), der KED-Beauftragten der Nordkirche Dr. Mirjam Freytag, von Dr. Helmut Stubbe da Luz (Demo e.V.) sowie Claudine Nierth (Mehr Demokratie e.V.). Die Diskussion liegt in den Händen von Helena Peltonen (Mehr Demokratie e.V.) und Dr. Ulf Skirke (Zukunftsrat). Mehr zum Programm unter www.mehr-demokratie.de, Anmeldungen bitte unter info@mehr-demokratie-hamburg.de.



Akelius' Geschäftsmodell: Mietenexplosion

Von Florian Kasiske, AG Akelius im Hamburger Netzwerk Recht auf Stadt



Foto: Florian Kasiske

Wer derzeit in Hamburg eine Wohnung sucht, stößt immer wieder auf Angebote, bei denen es einem die Spucke verschlägt: 20 bis über 30 Euro kalt pro Quadratmeter in Stadtvierteln, die bis vor wenigen Jahren noch vor allem von Menschen mit geringem Einkommen, Arbeitslosen und Studierenden bewohnt wurden. Ein »Player« auf dem Immobilienmarkt, der mit solchen Preisen die Mieten in die Höhe treibt, ist die schwedische Immobilienfirma Akelius. Dieser gehören mittlerweile 4.400 Wohnungen in Hamburg.

Akelius, benannt nach dem Firmengründer und -inhaber Roger Akelius, wurde 1994 in Schweden gegründet. Mittlerweile ist das Unternehmen international aktiv und kauft vor allem in boomenden Großstädten. Das Geschäftsmodell ist einfach: Gekauft werden überwiegend Häuser und Wohnungen, bei denen bei den Mieten aus Sicht des Unternehmens »Luft nach oben« ist. Hat Akelius ein Haus aufgekauft, fällt dies den MieterInnen zunächst vor allem dadurch auf, dass notwendige Instandsetzungsarbeiten verschleppt werden. Eine Hotline, die für solche Fälle zuständig ist, zeichnet sich dadurch aus, dass MieterInnen hingehalten werden, aber meistens nicht viel passiert. Notwendige Reparaturen werden oft nur dann gemacht, wenn MieterInnen sich eine Anwältin oder einen Anwalt nehmen und diese per Gerichtsbeschluss durchsetzen.

Mit drastischen Mieterhöhungen sind AltmietterInnen in der Regel nicht konfrontiert – denn sie sind überhaupt nicht die Zielgruppe des Unternehmens. Ziehen allerdings MieterInnen aus einer Wohnung aus, wird diese in der Regel modernisiert, um damit die Mietpreisbremse zu umgehen – denn modernisierte Wohnungen sind von dieser ausgenommen. Auf diese Weise ist Akelius bei Wiedervermietungen weder an den Mietenspiegel noch an irgendwelche anderen

Einschränkungen gebunden und kann Kaltmieten in Höhe von teilweise über 30 Euro in Stadtvierteln wie St. Georg verlangen. Damit ist klar: Akelius hat überhaupt kein Interesse, Wohnungen für NormalverdienerInnen zur Verfügung zu stellen; Zielgruppe sind vielmehr Menschen mit überdurchschnittlich hohen Einkommen.

Für MieterInnen bedeuten solche Praktiken einen enormen Druck. Einige mieten Wohnungen bei Akelius an, weil sie wegen der Wohnungsnot in Hamburg schlicht keine andere Wahl haben – und nehmen dafür in Kauf, dass sie einen (weit) überdurchschnittlichen Anteil ihres Einkommens für die Miete abdrücken oder mit vielen Leuten auf kleiner Fläche wohnen müssen. Wer als AltmietterIn in einem Haus lebt, das von Akelius gekauft wurde, macht sich oft existenzielle Sorgen: Mit dem Wissen, dass die neuen NachbarInnen für die schnittgleiche Wohnung das Dreifache der eigenen Miete bezahlen, ist die Einsicht verbunden, dass der neue Vermieter einen so schnell wie möglich los werden will. AltmietterInnen stehen daher durch die Geschäftspraktiken von Akelius unter hohem Verdrängungsdruck.

Diese Unternehmenspolitik führt aber nicht nur dazu, dass Menschen direkt verdrängt werden. Wohnungen, die in die Hände dieses Unternehmens geraten, sind für die größten Teile der Hamburger Bevölkerung unerschwinglich. Damit treibt Akelius etwas voran, was der nordamerikanische Stadtsoziologe Peter Marcuse als »exclusionary displacement« bezeichnet: Verdrängung über Ausschluss vom Wohnungsmarkt. Das bedeutet, dass in Wohnvierteln wie Altona-Altstadt, dem Schanzenviertel oder St. Georg, wo Akelius viele Immobilien besitzt, Menschen, die geringe oder normale Einkommen haben oder im Leistungsbezug sind, sich kaum Hoffnungen machen müssen, eine für sie bezahlbare Wohnung zu

finden. Das liegt nicht nur an Akelius, aber das Unternehmen treibt diese Entwicklung an vorderster Front voran.

Es gibt viele Ebenen, auf denen etwas passieren muss – und auf denen durch Organisation und politischen Druck Erfolge im Kampf gegen den Mietenwahnsinn errungen werden können. Immer mehr MieterInnen von Akelius schließen sich zusammen und wehren sich, wie z.B. die betroffenen Haushalte von drei von Akelius aufgekauften Häusern in der Wrangelstraße in Hoheluft-West. Diese haben sich zu einer MieterInneninitiative zusammengeschlossen und machten die Praktiken einer Wohnungsräumung durch das Unternehmen öffentlich, bei der Akelius in eine bewohnte Wohnung eingedrungen war und bis zum Eintreffen eines Verwandten der Mieterin diverse persönliche Gegenstände entfernte. Es gibt ein hamburgweites Treffen von Akelius-MieterInnen und UnterstützerInnen, das sich zum Ziel gesetzt hat, Öffentlichkeit zu schaffen. Auch anderswo gibt es Initiativen von Betroffenen, so z.B. einen Austausch mit Akelius-MieterInnen aus Berlin und New York.

Bezirke und Senat müssen dringend aktiv werden, um zu verhindern, dass Akelius weitere Gebäude kaufen kann – bei-

spielsweise über die Nutzung von Vorkaufsrechten. Um ein Vorkaufsrecht zu erleichtern, müssen in großen Teilen Hamburgs Soziale Erhaltungsverordnungen eingeführt werden – denn Gentrifizierung betrifft längst nicht nur wenige innerstädtische Quartiere. Auf Bundesebene müssen Gesetze verändert werden, damit das Geschäftsmodell von Akelius nicht mehr funktioniert. Zum Beispiel durch eine wirklich wirksame Mietpreisbremse, die beinhaltet, dass Modernisierungen kein Schlupfloch mehr sind und dass VermieterInnen Strafen befürchten müssen, wenn sie sich nicht an die Mietpreisbremse halten

Sollten Unternehmen wie Akelius weiter ungebremst agieren können, drohen uns Verhältnisse wie in London oder New York. Weite Teile der Stadt werden für Menschen ohne hohe Einkommen gar nicht mehr oder nur unter erheblichen Einschränkungen bewohnbar. Es gibt kein Recht auf Rendite – mit Wohnraum dürfen keine Geschäfte mehr gemacht werden! Wir können erfolgreich sein, wenn wir uns wehren und gemeinsam mit vielen anderen für das Recht auf Stadt für Alle kämpfen!

Kontaktmöglichkeit: info@rechtaufstadt.net.

Ein Sonderausschuss und viele offene Fragen

Abschlussbericht der Fraktion DIE LINKE zum G20-Ausschuss – von Christiane Schneider



Der G20-Gipfel im Juli 2017 hat in der Stadtgesellschaft tiefe Spuren hinterlassen, aus durchaus unterschiedlichen Gründen:

- starke Beeinträchtigung des Alltagslebens, insbesondere durch Zusammenbruch des Verkehrs und tagelangen Hub-schrauberlärm; Gewalteskalationen im Rahmen der Pro-

teste, v.a. die zerstörerische Gewalt am Morgen des 7.7. in Altona und die Ausschreitungen am Abend des 7.7. im Schanzenviertel sowie die Erfahrungen einer wenig versammlungsfreundlichen, eskalierenden Einsatzstrategie gegen Demonstrierende, oft aggressiver Polizeieinsätze sowie – bisher ungesühnter – rechtswidriger Polizeigewalt;

- Erfahrungen von AnwohnerInnen im Schanzenviertel, die die Polizei eine Woche als »Besatzungsmacht« erlebten, aber ohne Schutz blieben, als sie sich bedroht sahen;
- die offensichtliche physische und psychische Überforderung vieler PolizistInnen, die die fatale Entscheidung, den Gipfel in Hamburg durchzuführen, ausbaden mussten;
- ein (Ex-)Bürgermeister, dem auf die Frage, ob er Fehler gemacht habe, nichts einfiel und der nicht bereit war, politische Verantwortung für seine fatale Entscheidung zu übernehmen.

Unter dem Eindruck des Verlaufs des G20-Gipfels hat die Bürgerschaft am 19. Juli 2017 den Beschluss zur Einrichtung des Sonderausschusses »Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg« verabschiedet. Die Aufarbeitung der **gesamten** Problematik war, wie Titel und Begründungstext deutlich machen, zu diesem Zeitpunkt nicht vorgesehen. Themenkomplexe, die der kritischen Aufarbeitung staatlichen Handelns wenigstens Raum ließen, wurden erst später im »Fahrplan« aufgenommen. Die Fraktion DIE LINKE sieht ihre Aufgabe als Teil der Legislative und als Oppositionsfraktion aber gerade in der Kontrolle staatlichen Handelns.

Aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen der Fraktionen wurde ein gemeinsamer Abschlussbericht erst gar nicht ins Auge gefasst. Damit spiegelt sich im parlamentarischen Raum wider, dass die sehr verschiedenen »Erzählungen«, in denen die Erfahrungen von den verschiedenen AkteurInnen und in der Stadt verarbeitet wurden, in der Öffentlichkeit bis heute neben- oder gegeneinanderstehen. Der Ausschuss hat, weil er nach unserer Auffassung wenig an Aufklärung geleistet hat, nicht dazu beigetragen, die entstandenen Gräben in der Stadt zu überwinden und in Teilen der Stadt verlorenes Vertrauen in den Rechtsstaat zurückzugewinnen.

Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss hätte andere Möglichkeiten der Aufklärung geboten. Im zahnlosen Sonderausschuss litt sie unter der fast ungebrochenen Dominanz der Innenbehörde. Diese hatte die Hoheit über die Informationen, die der Ausschuss erhielt. Deshalb und weil sie jeden beanspruchten Raum bekamen, sicherten sich Behördenleitung und Polizei, die selbst Konfliktpartei waren, die Deutungshoheit über das Geschehen. Als großes Problem sieht die Fraktion DIE LINKE hier auch eine wenig ausgeprägte selbstkritische Reflexion aufseiten von Behörde und Polizei.

Ungeklärte Fragen

Vor allem zwei Geschehnisse von erheblicher Tragweite wurden nicht aufgeklärt.

Die Zerschlagung der »Welcome-to-hell«-Demonstration

Nicht umstritten ist, dass zu dem Zeitpunkt, an dem sich die Versammlung von 12.000 Menschen auf dem Fischmarkt zu einem Demonstrationzug formierte, ein erheblicher Teil der vorderen Blöcke vermmummt war (darunter vier bekannte und wohl weit mehr unerkannte »TatbeobachterInnen«) und aufgestoppt wurde und dass die Versammlungsleitung dafür

sorgte, dass die Vermummung zumindest im vorderen Teil abgelegt wurde.

Die Begründung für den Einsatz, die Vermummung habe, weil sie eine Straftat darstellt, keine Alternative zugelassen, wurde nicht nur von dem von uns als Experte geladenen Polizeidirektor a.D. Behrendes infrage gestellt. Auch in der Polizei Hamburg sah man das in der Vergangenheit schon anders (Wortprotokoll des Innenausschusses 20/25 vom 6.1.2014, S. 10). Der Polizeiangriff auf die bis dahin friedliche Versammlung gab der Gewalteskalation eine neue Dynamik.

Aus unserer Sicht spricht viel dafür, dass die Polizei den Plan, die Demonstration gar nicht erst losgehen zu lassen, von Anfang an verfolgte: etwa die Tatsache, dass ausgerechnet bei dieser lange vorher als gefährlich bezeichneten Versammlung keine Auflagen verhängt wurden, nicht einmal in Bezug auf den Ort der Abschlusskundgebung. Oder die Ausführungen des Leiters der EA Einsatzkräfte im Innenausschuss am 19. Juli, dass die Heraustrennung des »Schwarzen Blocks« später sehr viel schwieriger geworden wäre. Oder die zielstrebige und offensichtlich vorbereitete Durchführung dieser nicht polizei-alltäglichen, komplexen Operation der »Heraustrennung« Tausender Menschen.

Wir haben für diese von Augenzeugenberichten gestützte Sicht keine Beweise, sondern lediglich Indizien vortragen können. Die Darstellungen der Polizei haben unsere Fraktion nicht überzeugt.

Das ganze Schanzenviertel als Falle?

Für die Behauptung der Polizei, das ganze Schanzenviertel sei zur Falle ausgebaut und auf den Dächern entlang des Schulterblatts warteten GewalttäterInnen nur darauf, einrückende Polizei mit Molotowcocktails, Gehwegplatten, Eisenstangen zu empfangen, ohne Rücksicht auf ihr Leben, wurden im Ausschuss keine Beweise erbracht. Entsprechende Gegenstände wurden auf den Dächern nicht sichergestellt. Luftaufnahmen aus den Hubschraubern, die die Behauptung von den Dächern hätten belegen können, wurden nicht vorgelegt. Die Behauptung von der Falle auf den Dächern entlang des Schulterblattes dient aber als zentrale Legitimation für den Einsatz der paramilitärischen Spezialeinheiten, die u.a. mit schussbereiten Langwaffen und unter Einsatz von Gummigeschossen (zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik) die Häuser stürmten. Eigentlich hätte man ein Interesse der Polizei an beweisicherer Aufklärung erwarten können. Für unsere Fraktion ist die Aufklärung dieser Frage wichtig, weil der SEK-Einsatz einen großen Schritt in Richtung Militarisierung von Protest Policing bedeutet, wie das auch Ex-Bürgermeister Scholz im Sonderausschuss nahelegte.

Kritik und Dissens

Die Arbeit des Sonderausschusses hat zentrale Kritikpunkte am Umgang von Senat und Sicherheitsorganen mit dem Protest nicht ausgeräumt. **Kooperation fand nicht statt.** Unbestritten ist, dass die angekündigten großen Proteste über eine ganze Woche hinweg die Polizei vor große Herausforderungen stellten, gerade auch angesichts eines heterogenen

Protestbündnisses. Umso notwendiger wäre es gewesen, eine belastbare Dialog- und Vertrauenskultur zu entwickeln. Das geschah nicht. Der Forderung etwa der AnmelderInnen für den 8. Juli nach Gesprächen verweigerte sich die Polizeiführung. Stattdessen arbeitete die Exekutive lange vorher an der Dämonisierung der Proteste und ihrer TrägerInnen. Sie versuchte, die Deutungshoheit über Veranstaltungen zu gewinnen, indem sie z.B. vor der Teilnahme »warnte«. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Kooperation fand nicht statt bzw. beschränkte sich im Wesentlichen auf versammlungstechnische Fragen.

Die Camp-Frage

15 Monate vor G20 entschied Gesamteinsatzleiter Dudde, Camps nicht zuzulassen, um die für Gipfelproteste unverzichtbare Infrastruktur zu verhindern und auswärtige ProtestteilnehmerInnen abzuschrecken. Die VeranstalterInnen wurden pauschal verdächtigt und diffamiert, jede Kooperation verweigert – eine versammlungsfeindliche Haltung, die sich bis fast zum Schluss fortsetzte. Mit dem rechtswidrigen, einen Verwaltungsgerichts-Beschluss ignorierenden Polizeieinsatz verhinderte die Behörde am 2. Juli den Aufbau des Camps in Entenwerder. Erst als das Oberverwaltungsgericht am 5. Juli die am 28. Juni ergangene, bis dahin von der Behörde ignorierte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bekräftigte, wurde der Aufbau von Schlafzelten gestattet. Da war es für viele zu spät.

Die Allgemeinverfügung

Entgegen der Ankündigung eines »Festivals der Demokratie« richtete die Polizei mithilfe einer Allgemeinverfügung eine 38 qkm große Demonstrationsverbotszone ein und setzte sie vor Gericht unter Berufung auf den »polizeilichen Notstand« durch. Die Diskussion im Sonderausschuss und die Ausführungen des eingeladenen Experten Dr. Ernst haben gezeigt, wie umstritten das Instrument der Allgemeinverfügung ist: Es ging darum, der Polizei möglichst freie Hand für die Bewältigung von Versammlungen zu geben, ohne dass die Betroffenen die Möglichkeit gehabt hätten, Grundrechtsschutz einzufordern – auch das ein verheerendes Signal an die Protestbewegung.

Polizeiliche Einsatzstrategie

Proteste unterliegen einer Dynamik, die durch viele Faktoren beeinflusst wird, nicht zuletzt durch die Einsatzstrategie der Polizei. Die »Hamburger Linie« der niedrigen Einschreitschwelle hat in dem heterogenen Protestbündnis die Legitimationsbasis für Gewalt nicht geschwächt, sondern gestärkt. Der Polizeieinsatz am 2. Juli in Entenwerder und die unprovokierte Räumung des durchweg friedlichen Massencornerns am 4. Juli haben nicht nur nach unserer Auffassung zur späteren Gewalteskalation beigetragen. Ähnliches gilt für die vielfach aggressiven Polizeieinsätze auch gegen friedlich Protestierende oder TeilnehmerInnen an Aktionen des zivilen Ungehorsams, die zu einer nicht zu beziffernden, nach unseren Beobachtungen aber hohen Zahl von Verletzten, u.a. zu vielen Kopfverletzungen durch Polizeiknüppel, geführt haben. Die



Eine Schlüsselszene: Am 4.7., drei Tage vor dem eigentlichen Gipfel, geht die Polizei anlasslos gegen das politische »Massencornern« am Rande des Schanzenviertels vor (Foto: C. Schneider).

zukünftige weitere Erörterung der Gewaltproblematik muss, wie im Bürgerschaftsbeschluss (Drs. 21/9805) eigentlich auch gefordert, im Sonderausschuss aber kaum ansatzweise umgesetzt, eine »ganzheitliche Betrachtung« vornehmen.

Rechtsstaatliche Bindung der Sicherheitsbehörden

Die Träger des staatlichen Gewaltmonopols sind umfassend an das Recht gebunden. Nur aufgrund einer Ermächtigung durch Gesetze sind sie zu Eingriffen in Grundrechte befugt. Im Zusammenhang der G20-Einsätze kam es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE immer wieder zu Verletzungen dieses rechtsstaatlichen Prinzips und zu vielen Grundrechtsverletzungen, hier nur einige gravierende Beispiele.

Pressefreiheit

Nicht nur wurden MedienvertreterInnen immer wieder durch Polizeiattacken an ihrer Arbeit gehindert. Der Entzug der Akkreditierung von 32 JournalistInnen stellt nach einhelliger Auffassung ihrer Vertretungen einen Eingriff in die Presse- und Berufsfreiheit dar. Die Art und Weise des Entzugs machte es den Betroffenen unmöglich, die Zulassung zum G20 auf dem Rechtsweg zu erstreiten.

GeSa

Die von RechtsanwältInnen des RAV (Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein) und des Anwaltlichen Notdienstes vorgetragene Kritik an Rechtsverstößen in der Gefangenenanstalt wurde von der Innenbehörde weitgehend vom Tisch gefegt: Kritik etwa an der immer wieder erfahrenen Verweigerung des Zugangs von in Gewahrsam Genommenen zu rechtlichem Beistand; Schlafentzug durch 24 Stunden Licht und ständige Lebendkontrollen; beobachtete Toilettengänge und weitere unwürdige Behandlung u.ä.m. Die Polizei gestand ein, dass in 66% der Fälle die Durchsuchung der in Gewahrsam Genommenen bei vollständiger Entkleidung stattfand, ein besorgniserregend hoher Anteil.

Gesichtserkennung

Die Polizei hat im Zusammenhang mit G20 ein Verfahren zur Gesichtserkennung eingesetzt, das der Polizei eine neue Dimension staatlicher Ermittlungs- und Kontrollmöglichkeiten erschließt. Das Verfahren greift tief in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein. Es wird ohne gesetzliche Ermächtigung angewandt, sein Einsatz auch nach und trotz der Beanstandung durch den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit fortgesetzt.

Unter weiteren (Grund-)Rechtsverletzungen sollen hier drei genannt werden: die rechtswidrige Ingewahrsamnahme einer Gruppe von ItalienerInnen am 8. Juli, die einem (zurzeit noch nicht rechtskräftigen) VG-Urteil zufolge unter dem Schutz des Versammlungsrechts standen. Das lesenswerte Urteil (17 K 1823/18) enthält eine Kritik an vielen problematischen Aspekten des Polizeieinsatzes. Weiter der Einsatz der Mehrzweckpistole vom Typ HK 69 bzw. HK 169 beim G20-Gipfel. Diese less-letale Waffe (weniger/nicht tödliche Waffe) von Heckler&Koch ist laut Kriegswaffenkontrollge-

setz eine Granatpistole aus der Kategorie der Granatwerfer. Der Waffenkatalog des § 18 Abs. 4 SOG ist abschließend und sieht den Einsatz von Granatpistolen nicht vor. Das gilt auch für die in Hamburg eingesetzten Einheiten anderer Länder. Der Abschuss von mindestens 68 Tränengasgranaten und 15 Gummigeschossen war deshalb rechtswidrig. Schließlich die unverhältnismäßige, eingriffsintensive massenhafte Öffentlichkeitsfahndung.

Schlussfolgerungen

Die Aufarbeitung der G20-Gipfel-Ereignisse und ihrer Folgen für die Stadtgesellschaft ist mit dem Ende des Sonderausschusses nicht abgeschlossen. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass

- die Bürgerschaft sich in geeigneter Weise mit den Ereignissen rund um G20 und daraus zu ziehenden Konsequenzen weiter auseinandersetzt. Dabei soll das sozialwissenschaftliche Forschungsprojekt »Mapping #NoG20. Dokumentation und Analyse der Gewaltdynamik im Kontext der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017«, das jetzt vorliegt, in die weitere Debatte einbezogen werden;
- die Diskussion über das Leitbild einer modernen, bürger-nahen, transparenten, demokratischen Großstadtpolizei geführt wird;
- ein versammlungsfreundliches Versammlungsgesetz erarbeitet wird, in dem u.a. Vermummung zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft wird;
- eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle neben dem DIE (Dezernat Interne Ermittlungen) eingerichtet wird. Damit soll auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass viele Geschädigte von Polizeigewalt aus Angst vor Repression davor zurückschrecken, Strafanzeige zu erstatten oder zeugenschaftliche Angaben beim DIE zu tätigen; dass bis zur Einrichtung einer solchen Beschwerdestelle bzw. dem Abschluss der Ermittlungen die Sonderkommission G20 im DIE personell und technisch verstärkt wird;
- die demokratische Protestkultur weiterentwickelt wird. Dazu gehört nicht zuletzt die Entwicklung einer belastbaren Dialog- und Vertrauenskultur, zu der die Exekutive einen erheblichen Beitrag zu leisten hat;
- die Rote Flora bleibt. Die Rote Flora ist als autonomes Stadtteilzentrum nicht wegzudenken. Sie ist Teil einer widerständigen Kultur und ein Raum, der für den Austausch zwischen Lebensweisen und Anschauungen, für die Entwicklung von Alternativen von vielen Menschen benötigt wird;
- durch den Senat überprüft und der Bürgerschaft berichtet wird, welche Vor- und Nachteile im Sinne der Stärkung der Versammlungsfreiheit die Versammlungsbehörde als Teil der Vollzugspolizei gegenüber anderen Lösungen hat, vergleichbar den kommunalen Versammlungsbehörden in Flächenländern;
- der Senat/die Innenbehörde aufgefordert wird, das vom HmbGfD als rechtswidrig beanstandete Verfahren zur Gesichtserkennung zu stoppen und die durch das Verfahren bereits erlangten Erkenntnisse zu löschen.

Kultur Tipp: 100 Jahre Novemberrevolution



vorne: aus dem DGB-Plakat zur Veranstaltungsreihe
Hintergrund: www.hamburgmuseum.de

In den kommenden Wochen werden in Wilhelmshaven, Kiel, Hamburg und vielen anderen Städten Veranstaltungen stattfinden, bei denen es um nichts weniger geht als die größte, auch noch bewaffnete Erhebung in Deutschland. Vor ziemlich genau 100 Jahren, am 9. November 1918, stürzte die Monarchie und eröffnete den Weg in eine demokratische Zukunft. Ob es eine bürgerlich-parlamentarische oder eine sozialistische auf der Basis der massenhaft gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte sein würde, dies sollte sich in den darauffolgenden Wochen entscheiden. Und es entschied sich, mittels eines Bündnisses zwischen Friedrich Ebert (SPD) und General Wilhelm Groener (Oberste Heeresleitung) sowie einer entfesselten Soldateska unter Führung von Gustav Noske (SPD), denn einer müsse schließlich der »Bluthund« zur Niederschlagung der Revolution sein. Dramatische Ereignisse also, die es in Erinnerung zu rufen gilt, zumal die damals entstandene Weimarer Republik, das Frauenwahlrecht, das Betriebsrätewesen und vieles mehr bis in unsere Zeit ausstrahlen.

Und so versteht es sich fast von selbst, dass unser Kultur Tipp nochmals (wie schon im Juni zur nach wie vor laufenden Ausstellung im Museum für Hamburgische Geschichte) den Veranstaltungen zum 100. Jahrestag gewidmet ist. Die in der Linksjugend (Solid) engagierte Sozialistische Alternative (SAV) lädt z.B. am Sonntag, den 11. November, von 12.00 bis 19.00 Uhr ins Centro Sociale (Sternstraße 2) ein, wo es einen thematisch ausgerichteten »Sozialismustag« gibt. Der Eintritt ist frei. Auch der DGB Hamburg engagiert sich mit fünf Veranstaltungen, deren herausragende sicher eine szenische Lesung aus den Protokollen des Hamburger Arbeiter- und Sol-

datenrats ist. Sie ist für Dienstag, den 6. November, um 18.30 Uhr, im Musiksaal des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 56a) angekündigt, auch hier ist der Eintritt frei. Mehr zum Programm und der Anmeldeöglichkeit unter <http://hamburg.dgb.de/++co++4513f9fe-cbb7-11e8-aa6f-52540088cada>.

Die aufwendigste Reihe mit insgesamt 26 Veranstaltungen von Oktober 2018 bis Juni 2019 legt allerdings die ehrenamtlich engagierte St. Georger Geschichtswerkstatt hin. Sie hat ihr Projekt unter den Titel »Der Traum von einer Sache« gestellt und will nach eigenen Angaben »vielfältige Akzente setzen, die Revolution, ihren Verlauf, die Ereignisse und Folgen veranschaulichen und dabei die vernachlässigten blinden Flecken aufhellen«. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise auf einen Vortragsabend am 24. Januar 2019 hingewiesen, auf dem Klaus Gietinger um 19.19 Uhr (!) über »100 Jahre Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht« referiert. Der Regisseur und Autor hat sich in den vergangenen Jahren einen Namen durch verschiedene Publikationen gemacht; ihm geht es vor allem um den (letzten) Nachweis, dass die beiden Führer der jungen KPD im Auftrag von Ebert bzw. Noske ermordet worden seien. Neben kleineren Veranstaltungsformaten wird das Jahresprojekt der Geschichtswerkstatt traditionell durch die beiden Darbietungen des Stadtteilchores Drachengold eröffnet. Am 16. und 17. November, jeweils um 20.00 Uhr, steigt in der Dreieinigkeitskirche (St. Georgs Kirchhof) die Revue »Denn für dieses Leben ist der Mensch nicht schlau genug ...« Mehr zu diesen und allen anderen Veranstaltungen unter www.gw-stgeorg.de/media/2018-2019_Jahresprogramm_Gesamt.pdf.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.